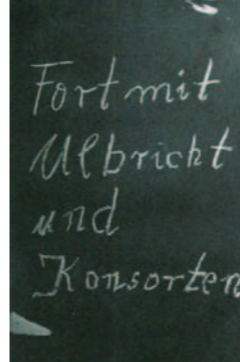




Einwohnerinnen von Wusterhausen/Doose mit ihren Kindern am Rande der Demonstration, Fotograf: Schulz, Privatsammlung Wirsam.



Losungen an Eisenbahnwaggons, 5. September 1958, BStU.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

In der Stadt und auf dem Land!

Wusterhausen/Doose

Bauern und Bürger in Wusterhausen/Doose gegen die SED-Diktatur

Der Aufstand am 17. Juni 1953 fand nicht nur in Ost-Berlin oder anderen industriellen Zentren statt. Die Verfolgung der Bauern, die sich einem LPG-Beitritt verweigert hatten und der selbstständigen Unternehmer, die die SED als „Klassenfeinde“ bekämpft hatte, hatte auch die Menschen auf dem Land empört. Wer noch nicht geflüchtet war, ging nun auf die Straße. Im Kreis Kyritz hatte die Beschlagnehmung landwirtschaftlicher Höfe das Fass zum Überlaufen gebracht. Am Vormittag des 17. Juni standen anfangs nur kleine Gruppen auf dem Platz vor dem Rathaus. Später waren es mehrere hundert Bürger. Redner forderten die Freilassung der Verhafteten und freie, geheime Wahlen sowie den Sturz der Regierung. Die Masse verabschiedete die Forderungen. Anschließend kam es zu einer Demonstration durch die Stadt.

Die Folgen des Aufstands

Die SED-Diktatur wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht mit Panzern gesichert. Die Parteiführung diskutierte noch einige Wochen über Fehler und Ursachen, doch schnell fand man für den gescheiterten Aufstand die Formel vom „faschistischen Putschversuch“. Damit war nicht die Politik der SED verantwortlich, sondern der „US-Imperialismus“ und seine Helfer in Bonn und West-Berlin. Mehrere am Streik Beteiligte wurden verhaftet, mindestens 55 getötet – in Brandenburg nur der ehemalige Volkspolizist Wilhelm Hagedorn. In den folgenden Jahren wurde zum 17. Juni der gesamte Sicherheitsapparat in Alarmbereitschaft versetzt, aus Angst ein neuer Aufstand könnte ausbrechen. Noch im Sommer 1989 fragte der Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, steht ein neuer 17. Juni bevor? Nur wenige Wochen später hatte er seinen Posten verloren. Diesmal blieb die Unterstützung der Sowjetunion aus.

In der Stadt und auf dem Land!

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg.

Recherchen und Texte: Marius Krohn, Jürgen Theil, Rainer Potratz

Videos: Rainer Potratz

Videoschnitt: Christoph Wende

Programmierung: scripted media

Gestaltung: eckedesign

Produktion: eckeprojekt

Wir bedanken uns bei allen Interviewpartnern, Archiven, Bibliotheken und anderen Unterstützern.

Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3, 14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 23 72 92 - 0

Fax: 0331 / 23 72 92 - 29

E-Mail: aufarbeitung@brandenburg.de

www.aufarbeitung.brandenburg.de

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg



Stadtarchiv Brandenburg a. d. Havel, Grasow

Eine Wanderausstellung der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur



Parade der Kasernierten Volkspolizei am 1. Mai 1953 in Ost-Berlin, BA, Wolfgang Krüger.



Mehrere tausend Arbeiter aus den Hennigsdorfer Großbetrieben demonstrierten durch West-Berlin zum Haus der Ministerien in Berlin-Mitte, BA.



Das Kulturhaus der FDJ wurde gestürmt, Fotograf: Karl Friedrich Grasow, StArch Brandenburg an der Havel.



Demonstranten auf dem Karl-Marx-Platz (heute Schleusenplatz) am 17. Juni 1953. Einer der Hauptredner, der vom MFS gesucht wurde, konnte mit Hilfe von Bekannten nach West-Berlin flüchten. Foto BStU.

Die Krise der SED-Diktatur im Frühjahr 1953

Seit Gründung der DDR im Oktober 1949 hatte die dort herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) kaum eine politische Basis in der Bevölkerung. Sie wurde nie in freien und demokratischen Wahlen gewählt. Ihre Macht beruhte vor allem auf dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht und ihres Repressionsapparates. Im Frühjahr 1952 ordnete die Sowjetunion aus außenpolitischen Gründen die Militarisierung der DDR, die Stärkung der Macht der SED in der Regierung, die Auflösung der Länder und die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) an. Auf ihrer 2. Parteikonferenz vom 9. – 12. Juli 1952 nannte dies der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, den Aufbau des Sozialismus. Das Rüstungsprogramm und die Gründung der LPG seit Sommer 1952 führten zu einer Versorgungskrise. Im Winter 1952/53 ging die SED gegen Landwirte und Selbstständige vor. Sie zwang ihnen Abgaben- und Steuererhöhungen auf. Wer nicht lieferte, wurde zu hohen Haftstrafen verurteilt und oft enteignet. Daneben wurde die Junge Gemeinde der Evangelischen Kirche zum Feind erklärt. Im Frühjahr 1953 wurden ihre Mitglieder von den Oberschulen verwiesen. Doch dies änderte nichts an der mangelhaften Versorgung der Bevölkerung.

Nach dem Tod des sowjetischen Diktators J. W. Stalin am 6. März 1953 änderte die neue Führung in Moskau vorübergehend ihre Deutschlandpolitik und verordnete der SED einen „Neuen Kurs“. Dieser wurde am 12. Juni 1953 verkündet. Viele politische Maßnahmen der letzten Monate wurden aufgehoben. Die evangelischen Oberschüler durften doch noch ihr Abitur ablegen, Bauern und Unternehmer sollten aus den Gefängnissen entlassen werden. Doch bis zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehr als 170.000 Bürger die DDR verlassen.

Brandenburg an der Havel

Das Volk demonstriert auf den Straßen

Am 12. Juni 1953 wollten Mitarbeiter der Spedition Taeye ihren Chef aus der Haftanstalt in der Brandenburger Steinstraße abholen. Am Morgen hatten die Zeitungen den „Neuen Kurs“ verkündet und damit auch die Freilassung vieler politischer Gegner zugesagt. Doch sehr schnell entwickelte sich das Warten der Mitarbeiter zu einer Demonstration mit über 5.000 Menschen. Am 17. Juni streikten die Arbeiter der meisten Betriebe in der Stadt und auch in Kirchmöser. Sie zogen ins Stadtzentrum und eroberten die Untersuchungshaftanstalt beim Kreisgericht in der Steinstraße, wo sie mehrere politische Gefangene freiließen. Zuvor wurde bereits das Gebäude der SED-Kreisleitung gestürmt. Im Zentrum der Stadt kam es zu einer Kundgebung. Die Menschen forderten u. a. freie Wahlen, die Einheit Deutschlands und die Senkung der Preise in den Geschäften der staatlichen Handelsorganisation (HO). Gegen 13:30 Uhr griffen die sowjetischen Streitkräfte ein. Ohne den Einsatz von Schusswaffen zerstreuten sie die Ansammlungen. Später wurde der Ausnahmezustand verkündet. Noch am gleichen Tag begannen Staatssicherheit und Polizei mit ihrer Suche nach den „Rädelsführern“ und den freigelassenen Gefangenen.

Premnitz und Rathenow

Im Kunstfaserwerk „Friedrich Engels“ in Premnitz streikten die Arbeiter aller Abteilungen und versammelten sich auf dem Firmengelände. Noch am Morgen kamen Bauarbeiter hinzu. Zahlreiche Redner stellten Forderungen an die Betriebsleitung und die Staatsführung. Sowjetische Soldaten und die KVP besetzten das Werksgelände. Die Angehörigen der Streikleitung wurden noch in der Nacht verhaftet. Dennoch streikten auch am 18. Juni noch zahlreiche Arbeiter und forderten deren Freilassung. In Rathenow begannen die Arbeiter der Rathenower Optischen Werke am Morgen ihren Ausstand und zogen ins Stadtzentrum. Auf dem Karl-Marx-Platz (heute Schleusenplatz) hielten sie eine Kundgebung ab, an der sich mehrere tausend Menschen auch aus anderen Werken und der Berufsschule beteiligten. Nach der Kundgebung zogen viele Menschen in Gruppen durch die Stadt. Plötzlich erscholl der Ruf „Dort ist Hagedorn!“. Der Leiter des Werkschutzes des HO-Kaufhauses war in den ersten Nachkriegsjahren bei der Kriminalpolizei und an der Verhaftung zahlreicher wirklicher oder vermeintlicher politischer Gegner beteiligt. Er wurde von Demonstranten ergriffen, geschlagen, in einen Havelkanal geworfen. Anschließend schlugen zwei Männer auf ihn im Wasser ein. Er erlag später seinen Verletzungen im Krankenhaus.